



dringend notwendigen Wohnraum für Familien zu schaffen. Steigende Mitgliederzahlen und viel zu lange Wartezeiten weisen darauf hin, dass es besonders für Familien mit mehreren Kindern zunehmend schwieriger wird, günstige Mietwohnungen zu finden (s. auch Wohnungsbaubericht). Aus diesen Gründen sollten Grundstücke, die demnächst Baureife erlangen oder für Wohnzwecke neu zur Verfügung stehen, an erster Stelle Wohn- und Baugenossenschaften angeboten werden.

Außerdem sollte sich die Stadt Karlsruhe dafür einsetzen, dass Volkswohnung und Konversionsgesellschaft Karlsruhe in einem Abstimmungsprozess mit den Karlsruher Baugenossenschaften klären, wo und in welchem Umfang sich diese in den Konversionsgebieten beteiligen können. Damit würde auch einkommensschwächeren Familien Wohnen in einer naturnahen, mit infrastrukturellen Einrichtungen gut ausgestatteten Umgebung ermöglicht.

Wichtig ist uns hierbei, dass einerseits die neuen Quartiere in Neureut und Knielingen durch eine gemischte Bevölkerungsstruktur lebendig und vielfältig werden. Andererseits kann mit Blick auf die Entwicklung in einigen innerstädtischen Bereichen dem Entstehen von "überforderten Nachbarschaften" durch Bereitstellen von günstigem Wohnraum in den Konversionsgebieten entgegen-gewirkt werden.

## 2. Baugruppen

In den letzten Jahren wurden durch private und öffentliche Initiativen auch in Karlsruhe kleine Wohn- und Baugenossenschaften gegründet, die soziale und oft auch ökologische Zielsetzungen haben. Nicht selten entwickeln solche Projekte auch gestalterische Innovationen.

Wie schon in der Vergangenheit geschehen, kann die Stadt Karlsruhe durch positive Signale diese Ansätze verstärken. Dazu sollte die Stadt eine Impulsveranstaltung anbieten, in der die wichtigsten Hintergrundinformationen zur Gründung einer Genossenschaft zusammengefasst dargestellt werden. Anschließend könnten sich Interessierte in Kursen der Volkshochschule finden und ihre jeweiligen Vorstellungen und Bedürfnisse aufeinander abstimmen. Zusätzlich erhalten hier die Mitglieder die für solche Projekte notwendigen juristischen und finanztechnischen Informationen.

Da solche vorbereitenden Prozesse erfahrungsgemäß 1 - 2 Jahre dauern, sollte die Stadt umgehend die Initiative ergreifen, damit sich Baugruppen sowohl um passende städtische Grundstücke als auch um Grundstücke in den nächsten Baufeldern in Neureut und Knielingen bewerben können.

Bis 2015 wäre als wichtiges soziales Projekt der Stadt die nachdrückliche und beispielhafte Stärkung genossenschaftlichen Wohnens - in architektonisch und ökologisch hervorragender Bauweise - wünschenswert.

gez. Dr. Gisela Splett  
gez. Anne Segor  
gez. Dr. Hildegund Brandenburg

Hauptamt - Sitzungsdienste -  
27. April 2006

Stellungnahme: